

Einschätzungen zu
Präsident Bush
am Beginn seiner
zweiten Amtsperiode

Wohin steuern die USA?

Christian Hacke

Die Abwahl von George W. Bush ist außerhalb Amerikas, insbesondere in Deutschland, mit einer Intensität herbeigewünscht worden, die Bushs Religiosität kaum nachsteht. Doch weder die Amerikaner noch der Präsident ließen sich dadurch beeindrucken. Amerika entscheidet aus innenpolitischer Befindlichkeit heraus und scheint unempfänglich für Kritik von außen. Es ist nach rechts gerückt. Auch dieser Ruck erklärt, dass Präsident Bush senior nach einem gerechten Krieg gegen Saddam Hussein 1990 abgewählt, doch sein Sohn während eines umstrittenen und kostenintensiven Krieges im Irak mit der großen Mehrheit von 3,5 Millionen Stimmen wieder gewählt wurde. Bushs (Außen-)Politik mag die breite Mehrheit der Amerikaner nicht völlig überzeugen, doch seinen Landsleuten kommt der selbstbewusste Stil des Texaners entgegen. Diese maskuline und zugleich gottesfürchtige Haltung ist mehr als Cowboy-Attitüde in der chevalesken Südstaatenkultur, sie hat auch das Herzland der USA erobert. Für die Mehrheit der Amerikaner ist es wohl letztlich sekundär, ob der Krieg gegen den Terror im Krieg gegen Saddam Hussein sinnvoll und erfolgreich fortgesetzt wird, für sie ist der Sturz des Diktators Saddam Hussein ein gerechtes Unterfangen, das Unterstützung verdient.

Bleiben Europäer und Deutsche bei einer hybriden Einschätzung von Bushs politischem und moralischem Auftrag, dann werden sie in den kommenden Jahren die Dynamik dieses Missionsgedan-

kens und seine Auswirkungen auf Bushs Außenpolitik erneut unterschätzen. Was hat also die Welt, was haben vor allem Europa und Deutschland von Präsident Bushs zweiter Amtsperiode zu erwarten? Die Welt kann sich vereinfacht auf drei Entwicklungen in der amerikanischen Außenpolitik einstellen:

Erstens: Präsident Bush macht *business as usual*, also weiter wie bisher, vor allem mit Blick auf die Antiterrorstrategie, aber auch mit Blick auf die klassische Imperialstrategie des *divide et impera* gegenüber den Verbündeten, wobei vor allem diejenigen hofiert werden, die seine Politik gegen den Terror unterstützen, inklusive Irakpolitik. Bei dieser Koalition der Willigen geht es der Bush-Administration weniger darum, dass die Mitglieder ihr Menschenrechts- und Demokratieverständnis komplettieren, als dass sie amerikanische Interessen regional und global voll unterstützen.

Zweitens: Präsident Bush wird in Wort und Tat rigider und arroganter und fordert verschärft die Anpassung der Welt (-politik) an seine außenpolitischen Vorgaben, Interessen und Wertvorstellungen. Die Folge wäre eine Verstärkung des manichäischen Weltbildes, also die Aufteilung in Gut und Böse. Wenn sich ein Staat oder eine Institution außerhalb dieses Feldes zu positionieren versucht, dann wird dies in Washington als feindlicher Akt interpretiert. Erste Äußerungen von Vizepräsident Cheney könnten als Beleg gelten, dass der Einfluss der Neokonservativen und der gottesfürchti-

gen Evangelikanisten auch in der Außenpolitik ansteigt.

Drittens: Doch gibt es auch Hoffnung, dass Präsident Bush in seiner zweiten Amtszeit nach Vorbild seines Vorbildes Ronald Reagan eine nüchterne Variante von Außenpolitik einschlägt und damit auf die realpolitischen Pragmatiker in seiner Partei stärker zurückgreift. Die realpolitisch geprägten Republikaner, Kern der amerikanischen außenpolitischen Elite seit Jahrzehnten, hatten in der ersten Amtsperiode von Präsident Bush Federn lassen müssen. Ihre Empfehlungen, ihr Rat, vor allem ihre Kritik an einem Irak-Abenteuer, lange vor Kriegsbeginn, waren von Bush und seinen Beratern negiert worden.

Angesichts der steigenden Kosten im Irak braucht Bush die Hilfe von Verbündeten mehr denn je, unter anderem auch die der UNO. Fragt sich nur, ob er aus taktischen Überlegungen oder aus Überzeugung Anpassung praktizieren würde. Zumindest könnte sich sein Stil gegenüber den Verbündeten ändern. Auch könnte er angesichts weiterer drohender Konflikte wie mit dem Iran oder Nordkorea die Hilfe von Verbündeten oder Nachbarstaaten verstärkt in Anspruch nehmen wollen.

Außenpolitische Gretchenfrage

Die außenpolitische Gretchenfrage lautet also: Passt sich Bush mehr den Bedürfnissen, Interessen und Herausforderungen der Weltpolitik an, vielleicht auch, weil er die Unterstützung der Alliierten für amerikanische Zielsetzungen braucht, findet er also Gefallen an einer stärkeren multilateralen und multinationalen Variante von Außenpolitik, oder fordert Bush ohne Wenn und Aber, dass sich die Welt den USA als Weltordnungsmacht letztlich anzupassen hat? Diese neokonservative Perspektive findet zwar in der Welt wenig Zustimmung, aber im eigenen Land. Mit den Mehrheiten in beiden

Häusern des Kongresses besitzt Bush auch innenpolitischen und institutionellen Rückhalt. Seit fünfundzwanzig Jahren, seit Amtsantritt von Ronald Reagan hat kein Präsident derart umfassende machtpolitische Voraussetzungen besessen, um die außenpolitischen Ziele auch innenpolitisch durchzusetzen.

In den kommenden Monaten wird sich zeigen, ob sich Präsident Bush der einen oder der anderen Richtung zuneigt. Bush besitzt nach dieser Wahl ein klares innenpolitisches Mandat und mehr Machtfülle. Auch sind innenpolitische Machtschranken gefallen, das System der *checks and balances* ist zwar nicht aufgehoben, aber diese Balance neigt sich zu Gunsten Präsident Bushs, zumal die Schranke des *divided government* zwischen Weißem Haus und Kongress weitgehend gefallen ist. Wie bei der Wiederbesetzung der frei werdenden Richterstellen im Obersten Gerichtshof wird auch seine außenpolitische Personalpolitik in den nächsten Wochen Aufschluss über die künftige Entwicklung geben, wenn er zum Beispiel Außenminister Colin Powell durch einen neokonservativen Politiker ersetzen sollte. Wenn Präsident Bush umgekehrt Verteidigungsminister Rumsfeld durch einen gemäßigten Republikaner ersetzen sollte, dann wäre dies ein Zeichen für außenpolitischen Pragmatismus. Sollte Präsident Bush sogar einen Demokraten ins Kabinett holen, so würde sich sogar seine Bereitschaft zur überparteilichen Zusammenarbeit in der Außenpolitik andeuten.

Bush hat nicht nur außenpolitische Optionen, vielmehr ist er mit vielen Dilemmata konfrontiert, wie zum Beispiel mit Blick auf den Irak. Aber auch mit Blick auf den Iran und Nordkorea kündigt sich nichts Gutes an. Da er in allen drei Fällen die Hilfe anderer braucht und in anderen Krisen ebenfalls Zusammenarbeit notwendig wäre, würden außenpolitische Anpassung und ein gewisses Einlenken

von seiner Seite und mehr Aufmerksamkeit gegenüber den Argumenten der Verbündeten nicht überraschen. Auch ist nicht auszuschließen, dass Präsident Bush die drei außenpolitischen Vorgehensweisen – erstens weitermachen wie bisher, zweitens neoimperiale Außenpolitik und drittens pragmatischer außenpolitischer Realismus – nicht alternativ, sondern simultan verfolgt. So könnte er *business as usual* gegenüber Russland und der VR China praktizieren, verschärft konfrontativ gegenüber weiteren möglichen Schurkenstaaten vorgehen und drittens größere außenpolitische Aufgeschlossenheit gegenüber der UNO und/oder den Verbündeten praktizieren. Hier bieten sich vielerlei Alternativen an.

Jedenfalls muss Europa, muss Deutschland damit rechnen, dass Präsident Bush gerade die alten Europäer durch Druck und/oder durch Anreize wieder auf das internationale Spielfeld zu locken versucht. Dann sollte er die Europäer auch mehr konsultieren, also ihre Argumente stärker berücksichtigen. Bisher hat der Präsident Europa und den Rest der Welt zur Anpassung gezwungen, jetzt müsste er bereit sein, sich selbst stärker anzupassen.

Die Europäer sollten untereinander zusammenrücken und sich auf die atlantische Dimension ihrer Politik zurückbesinnen, während umgekehrt in Washington mehr europapolitische Geschmeidigkeit gefordert ist als nur *divide et impera*. Bleibt man auf beiden Seiten des Atlantiks bei den alten Rechtfertigungsstrategien, dann könnte in den USA die Tendenz zu Unilateralismus und zu imperialen Gebärden weiter ansteigen. In Amerika würde die Arroganz der Macht nicht abnehmen, folglich in Europa vielfach aus Frustration und innerer Zerrissenheit die Arroganz der Ohnmacht hingegen zunehmen. In dieser Konstellation würden die Europäer das bleiben, was sie bis-

her für Bush gewesen sind: bestenfalls nützliche Hilfstruppen, schlimmstenfalls lästige Störenfriede. Die Auswirkungen wären fatal, nicht nur für die USA und nicht nur für Europa, sondern für die größere gemeinsame Idee der atlantischen Zivilisation. Die Gräben würden tiefer, und vor allem würde sich das jahrzehntelange Zentrum der Weltpolitik, die atlantische Zivilisation, weiter auflösen. Sie ist es, die in großer Gefahr schwebt, und zwar nicht nur wegen der Außenpolitik der Regierung Bush, sondern auch wegen der unzureichenden Selbstbehauptungsfähigkeit der Europäer. Wer heute in Europa und insbesondere in Deutschland als Atlantiker und mit Verständnis für amerikanische Interessen auftritt, findet leider immer weniger Gehör. Es scheint so, als ob allen Deutschen, zum Teil verständlich, aber auch aus missverständlichen Gründen, eine herbe Portion Antiamerikanismus ins Gemüt gefahren ist.

Als Fazit lässt sich festhalten: Die Angst vor dem Terror und die Sehnsucht nach einer starken Führung waren in den Vereinigten Staaten bei der Präsidentschaftswahl stärker ausgeprägt als der Wunsch nach einem Wandel. Die Mehrheit der Amerikaner wünscht einfache Antworten auf komplexe Fragen. Die Welt hingegen wünscht eine differenzierte Analyse des Terrors, seiner Hintergründe und seiner gesellschaftspolitischen und spezifischen regionalen und nationalen Ursachen.

Die kommenden vier Jahre bergen also genügend Überraschungen in sich. Nicht nur amerikanische, sondern auch europäische und nicht zuletzt deutsche Lernfähigkeit sind gefordert. Ein weiteres Umgreifen des Antiamerikanismus in Deutschland wäre fatal, denn gegen Amerika und die Regierung Bush lassen sich weder Frieden noch Freiheit, noch europäische Sicherheit verwirklichen.